

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 066-2014
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.0338

Eingereicht am: 14.03.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Zuber (Moutier, PSA) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Erziehungsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Finanzielle Beteiligung des Kantons an schulischen Sprach Austauschprogrammen

Das JA zur Masseneinwanderungsinitiative der SVP hatte unmittelbar zur Folge, dass Schweizer Studierende ab diesem Herbst vom europäischen Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogramm Erasmus+ ausgeschlossen sein werden. Dieser Entscheid der EU-Kommission hat in der Schweiz und insbesondere in akademischen Kreisen zu einer Welle von Reaktionen der Sorge und des Bedauerns ausgelöst.

Wer den Initianten nahe steht, lehnt sich entweder gegen diesen Entscheid auf oder schlägt mit der Erweiterung von Sprach Austauschprogrammen eine helvetische Ersatzlösung zum Erasmusprogramm vor. In der Stadt Moutier (die die Initiative abgelehnt hat) beantragt die SVP-Fraktion im Stadtrat beispielsweise, dass ein generelles Konzept für den Sprach Austausch von Schülerinnen und Schülern aus Moutier mit Schulen aus dem deutschsprachigen Kantonsteil erarbeitet werde.

In ihrem Vorstoss betont die SVP die Chance, in einem zweisprachigen Kanton zu leben. Davon ausgehend, dass sich diese Chance auch finanziell beziffern lässt, bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Die Steuererträge entsprechen nicht immer ihren Erwartungen, so dass die Gemeinden über äusserst begrenzte Mittel verfügen, um Projekte zu entwickeln, die über den strikten schuli-

schen Rahmen hinausgehen. Mit welchen kantonalen Mitteln könnte die Stadt Moutier rechnen, wenn sie – wie von der SVP befürwortet – ein Sprachaustauschkonzept umsetzen würde?

2. Aufgrund des eidgenössischen Sprachengesetzes erhält der Kanton Bern einen jährlichen Bundesbeitrag von 300 000 Franken für Projekte zur Förderung der Zweisprachigkeit. Zu diesen Projekten gehört u. a. ein Kurs «Den Berner Jura kennenlernen». Dieser Kurs ermöglicht es dem (vorwiegend aus anderen Regionen des Kantons stammenden) Kantonspersonal, die Besonderheiten des Berner Juras, seine Geschichte, seine Industrie und seine Kultur zu entdecken. Könnten diese Bundesgelder nicht eher für Sprachaustauschprogramme eingesetzt werden anstatt für die Sensibilisierung bernischer Kantonsangestellten für den französischsprachigen Kantonsteil?
3. Welche Mittel könnten für weitere Sprach- oder Kulturaustauschprogramme an Mittelschulen (Gymnasien, Handelsmittelschulen, Berufsschulen usw.) gewährt werden?